

## **Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich**

vom 26. Mai 2010

---

### **IDG-Status: öffentlich**

**885. Postulat von A. Recher, P. Filli und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Sklaverei, historische Aufarbeitung des Archivs der früheren Bank Leu & Co., Bericht und Abschreibung.** Am 3. Oktober 2007 reichten die Gemeinderäte A. Recher (AL), P. Filli (AL) und 13 Mitunterzeichnende das Postulat, GR Nr. 2007/535, mit folgendem Wortlaut ein:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei der Credit Suisse als Nachfahrin der Bank Leu & Co erreicht, dass deren Archive, welche für die Erforschung der Zusammenhänge zwischen Zürchern / Zürich und der Sklaverei (inkl. transatlantischem Handel mit SklavInnen) von Belang sein könnten, unabhängigen Historikern zugänglich gemacht werden. Dazu sollen nötigenfalls auch die Rechte der Stadt an den historischen Dokumenten als dannzumalige Teilhaberin an der Bank Leu geltend gemacht werden.

#### **Begründung**

Im September veröffentlichten die beiden Historiker der Universität Zürich, Konrad Kuhn und Béatrice Ziegler-Witschi einen Bericht über «Die Stadt Zürich und die Sklaverei – Verbindungen und Beziehungen». Darin wird dargelegt, dass sowohl ZürcherInnen als Privat- und Geschäftsleute, aber auch die Stadt selber sich mehr oder weniger direkt am Sklavenhandel beteiligten oder diesen zumindest eindeutig guthiessen.

Bei allen bisher in der Schweiz getätigten Forschungsarbeiten zu diesem Thema trifft man auf die Bank Leu & Co. Diese war damals eine halbstaatliche Zinskommission und in entsprechender Funktion v. a. «im Hintergrund» am Sklavenhandel beteiligt. Die Archive der Bank Leu, insbesondere die Bestände, welche gemäss dem Bericht Kuhn / Ziegler-Witschi von erhöhtem Interesse wären, lagern heute in den Archiven der Credit Suisse Gruppe. Deren Archivdienst bestätigte bereits, dass sich Nachweise für indirekte Verbindungen zum Sklavenhandel und zur Sklaverei finden würden darin (Bericht S. 19). Eine Durchsicht und Aufarbeitung dieser Archivbestände wäre also zentral, um die Beteiligung der Bank Leu & Co. und damit indirekt auch der Stadt genauer aufzuarbeiten.

Sklaverei gilt heute anerkanntermassen als schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dennoch wissen wir immer noch sehr wenig über den Umgang, die Verwicklung unserer Vorfahren damit und darin. Die Geschichtsbücher schweigen dazu. Es wäre aber wichtig sowohl für das historische Bewusstsein als auch um eine ehrliche, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung zu ermöglichen, die historische Realität ans Licht zu holen. Der Zugang zu den Bank Leu, bzw. Credit Suisse, Archiven ist dazu von zentraler Bedeutung.

Wie oben angeführt, war die Bank Leu eine halbstaatliche Zinskommission. Deren Geschichte ist also auch ein Teil der offiziellen Stadtgeschichte. Daher soll sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass die Archive unabhängigen Historikern zugänglich gemacht werden. Es geht nicht an, dass eine private Bank einen Teil Stadtgeschichte unter Verschluss hält.

Absolut nicht stichhaltig ist das Argument der CS, dies um des Bankkundengeheimnisses willen zu tun. Die Rede ist von Kunden, welche sich längst in Staub und Asche aufgelöst haben! Diese haben nichts mehr zu verheimlichen und bedürfen auch keines Schutzes mehr, schon gar nicht in diesem extremen Ausmass. Auch die möglicherweise damit verbundene Idee, die Nachfahren zu schützen, ist nur absurd. Wessen Vorfahren vor Jahrhunderten an einem – damals als legitim angesehenen – Verbrechen beteiligt waren, ist dadurch sicher nicht stigmatisiert und auf seine Einstellung lässt sich schon gar nicht schliessen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, diese Archive der Forschung vorzuenthalten. Die historische Wahrheit muss hier höher gewichtet werden. Der Stadtrat soll daher bei der CS bewirken, dass die gemeinsame (!) Geschichte untersucht werden kann.

Die Stadt Zürich und Clariden Leu haben gemeinsam die Anregung des Postulats aufgegriffen, die Literatur zur Gründungs- und Entwicklungsgeschichte der Bank Leu nochmals systematisch analysiert, die relevanten Quellen konsultiert und dabei auch dem öffentlichen Interesse an diesen historischen Aktenbeständen Rechnung getragen. Die Analyse zeigte auf, dass die Zinskommission 1754 vom Grossen Rat mandatiert wurde, Zinsgeschäfte zu tätigen, und vom Zürcher Staatsschatz ein Grundkapital von 50 000 Gulden erhielt. Die Zinskommission bestand aus Mitgliedern des Kleinen bzw. des Grossen Rates, die vom Kleinen und Grossen Rat in die Zinskommission gewählt wurden. Die Zinskommission war unentgeltlich im Rathaus untergebracht, ihre Vermögenswerte wurden im Rathaus aufbewahrt, wo auch die Einnahme und Auszahlung der Gelder vorgenommen wurde. Die Zinskommission wurde als öffentliche Anleiheeinrichtung bezeichnet.

Dies führte zum Schluss, dass die «löbliche Zinskommission Leu» bis 1798 als staatliche Einrichtung zu betrachten ist.

Als staatliche Einrichtung gehörte die Zinskommission Leu zur Zürcher Städtetrepublik, die 1798 zu bestehen aufhörte. Nach dem Zusammenbruch des Zürcher Stadtstaates erhielt die Zinskommission ihr Mandat neu von den Obligationären an der ersten Generalversammlung vom 26. Juli 1798. Zu den bisherigen Mitgliedern wurden neue Mitglieder aus den Reihen der Obligationäre gewählt. An der zweiten Generalversammlung vom 27. September 1798 wurde eine Reorganisation der Zinskommission beschlossen: ab 1798 fand jährlich eine Generalversammlung statt, welche die Kommissionsmitglieder aus den Obligationären wählte und die Bilanz genehmigte. 1799 wurde die Zinskommission aufgefordert, das Rathaus zu verlassen und die Vermögenswerte der Zinskommission wurden dem helvetischen Direktorium gegenüber ausdrücklich als Privateigentum deklariert.

Vor diesem Hintergrund haben die Stadt Zürich, vertreten durch Stadtpräsidentin Corine Mauch, und Clariden Leu, vertreten durch Hans Nützi, CEO, folgende Lösung vereinbart:

Aufgrund der besonderen Stellung der Zinskommission Leu als staatliches Finanzinstitut in der damaligen Zeit ist Clariden Leu grundsätzlich bereit, die Aktenbestände der Zinskommission Leu aus den Jahren 1755 bis 1798 dem Staatsarchiv des Kantons Zürich zu übergeben.

Die Aktenbestände werden deshalb dem Staatsarchiv des Kantons und nicht dem Stadtarchiv der Stadt Zürich übergeben, da nach dem Zusammenbruch der Städtetrepublik Zürich mit der Helvetischen Verfassung vom 29. März 1798 der Kanton als Rechtsnachfolger an die Stelle der Städtetrepublik tritt. Das Stadtarchiv ist für die Archivierung der Akten der städtischen Behörden ab 1798 zuständig. Frühere Akten zur Stadt Zürich befinden sich im Staatsarchiv des Kantons.

Für die Übergabe der Aktenbestände ist Clariden Leu bereits in Kontakt mit dem Staatsarchiv. (Clariden Leu ist die heutige Besitzerin der Akten. Die Aktenbestände werden im Auftrag der Clariden Leu von der Credit Suisse betreut. Clariden Leu gehört seit Januar 2007 zur Credit Suisse Gruppe.)

Die Stadt Zürich und Clariden Leu Privatbank tragen mit dieser Lösung dem öffentlichen Interesse an diesen für Stadt und Kanton wertvollen historischen Aktenbeständen Rechnung und sind überzeugt, eine für alle interessierten Parteien gute Lösung gefunden zu haben.

Die Stadt Zürich dankt der Clariden Leu Privatbank für ihren Beitrag zum Zustandekommen der Lösung und für die gute Zusammenarbeit.

Aus Sicht des Stadtrates sind mit dieser Vereinbarung die Möglichkeiten der Stadt Zürich ausgeschöpft. Mit der Übergabe an das Staatsarchiv des Kantons Zürich sind die Aktenbestände der Zinskommission als staatlicher Einrichtung für die Forschung zugänglich.

Auf Antrag der Stadtpräsidentin beschliesst der Stadtrat:

- I. Dem Gemeinderat wird beantragt:
  1. Von der Vereinbarung zwischen der Stadt Zürich und der Clariden Leu Privatbank betreffend die Geschäftsunterlagen der Zinskommission Leu aus den Jahren 1755 bis 1798 und der grundsätzlichen Bereitschaft der Bank, diese Archivbestände dem Staatsarchiv des Kantons Zürich zu übergeben, wird Kenntnis genommen.
  2. Das Postulat, GR Nr. 2007/535, von A. Recher (AL) und P. Filli (AL) und 13 Mitunterzeichnenden vom 3. Oktober 2007 betreffend Sklaverei, historische Aufarbeitung des Archivs der früheren Bank Leu & Co., wird als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Berichterstattung im Gemeinderat ist der Stadtpräsidentin übertragen.
- III. Mitteilung an die Stadtpräsidentin, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten, Clariden Leu AG und durch Weisung an den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug  
der Stadtschreiber